

# Ökumenisches Lernen und Handeln - Kolumbien und Peru

Rundbrief  
02|2013  
Mai

## Liebe Kolumbien- und Peru-Interessierte!

Mehrere Gäste aus Kolumbien und Peru werden zum Kirchentag nach Hamburg kommen, darunter Dr. Carlos Monge vom Revenue Watch Institute aus Peru und eine Theatergruppe aus Kolumbien, die mit ihrer professionellen Performance auch in weiteren Städten auftreten werden.

Die Verhandlungen um einen Frieden in Kolumbien werden in Havanna weiter fortgeführt, und in Kolumbien formulieren immer breitere Teile der Bevölkerung ihre Vorstellungen von einem dauerhaften Frieden. Am 9. April gingen weit mehr als eine Million Menschen für den Frieden auf die Straße. Die Basisbewegung „Congreso de los Pueblos“ veranstaltete einen großen Friedenskongress in Bogotá.



Quechua-Frauen

Foto: Sandy El Berr

Das Freihandelsabkommen der EU mit Kolumbien und Peru fand im Februar mit der Regierungsmehrheit eine klare Zustimmung im Bundestag, die Opposition stimmte ebenso geschlossen dagegen. Brot für die Welt und viele andere Organisationen appellieren an die Oppositionsparteien, an dieser Ablehnung festzuhalten und das Abkommen nun im Bundesrat zu stoppen.

Die Kohleförderung in Kolumbien und die Kohlekraftwerke in Deutschland geraten immer mehr in die öffentliche Kritik. Wir berichten über Proteste bei Aktionärsversammlungen der großen Stromkonzerne und eine spektakuläre Hafengeburtstagsblockade von Umweltschützern und Menschenrechtlern, die beim Hafengeburtstag am 10.5. in Hamburg stattfinden soll.

Aus Peru berichtet Dr. Sandy El Berr über Limas Bürgermeisterin Susana Villarán, die sich im Bürgerentscheid um ihre Amtsenthebung behaupten konnte.

Obwohl das Gesetz zur vorherigen Befragung indigener Gemeinschaften in Peru mittlerweile in Kraft ist, wird es im Fall der Cañaris nicht angewandt. Insgesamt wird die Debatte darum, wer indigen ist, in Peru sehr kontrovers geführt.

>

Erfreulich ist die Freilassung von Führungspersonen des indigenen Volkes der Awajún in einem Prozess wegen vermeintlicher Entführung. Sie werden vom Brot für die Welt-Partner „Institut für Rechtsverteidigung“ (IDL) juristisch vertreten.

Wir möchten Sie auch um die Teilnahme an einer Eilbriefaktion bitten, die das Menschenrechtsnetz vom Brot für die Welt-Hamburg vorbereitet hat. Dazu finden Sie einen spanischsprachigen Musterbrief im Anhang und die Beschreibung im Rundbrief.

Außerdem finden Sie hier wieder einige Tipps zu Materialien und Terminen.

Mit freundlichen Grüßen

JOCHEN SCHÜLLER  
Beauftragter für Öffentlichkeitsarbeit  
zu Kolumbien

THOMAS SANDNER  
Abteilung Öffentlichkeitsarbeit und Kooperation  
Brot für die Welt - Evangelischer Entwicklungsdienst

## Theatertour

### **Wiedergutmachung: Innehalten, um weitergehen zu können**

In zwölf Städten in Deutschland und Österreich präsentiert das Projekt „Theaterpädagogik für den Frieden und soziale Veränderung“ von der Menschenrechtsorganisation Corporación Jurídica Libertad (CJL) aus Medellín eine einstündige Aufführung, die in Zusammenarbeit mit dem Künstler-Kollektiv Barracuda Carmela entstanden ist. CJL ist seit vielen Jahren Partner von Brot für die Welt. Auftakt der Tournee ist der Kirchentag in Hamburg mit einem Auftritt am 2.5. in der Zachäus-Kirche.

In einer Ausstellung „lebender“ Bilder treten Inge Kleutgens, Catalina Medina und Felipe Vergara mit den Gemälden von Freddy Sanchez Caballero in einen Dialog, um dem Sinn dessen nachzuspüren, was in Kolumbien Wiedergutmachung genannt wird. Die „Ausstellung“ bietet also eine andere Art der Reflexion des gegenwärtigen sozialen und politischen Konflikts in Kolumbien.

Durch die Auseinandersetzung der drei Künstlerinnen und Künstler mit den Arbeiten des Malers gewinnen diese eine neue Bedeutung. Sie sind geprägt durch Kolumbien, durch die Menschen und die Konflikte und leihen den Bildern des Malers ihre Körper, ihre Stimmen, damit die Wunden sichtbar werden, die sich hinter der Farbe verbergen.

Link zum Trailer der Aufführung: <https://vimeo.com/46264249>

>

## Termine:

- **Hamburg**  
Donnerstag, 02.05., 20.00 Uhr  
Deutscher Evangelischer Kirchentag, Zachäus-Kirche, Käkenflur 22a
- **Bochum**  
Montag, 06.05., 20.00 Uhr  
Bahnhof Langendreer, Wallbaumweg 108
- **Ottersberg**  
Mittwoch, 08.05., 19.00 Uhr  
Hochschule für Künste im Sozialen, Am Wiestebruch 68
- **Aachen**  
Freitag, 10.05. und Samstag, 11.05., 20 Uhr  
Theater-K in der Bastei, Ludwigsallee 139
- **Krefeld**  
Sonntag, 14.05., 20 Uhr  
Theater am Marienplatz, Marienplatz 81
- **Saarbrücken**  
Donnerstag, 16.05., 20 Uhr  
Theater Blauer Hirsch, Saargemünderstr. 11
- **Bregenz**  
Montag, 20.05., 20 Uhr  
Kosmos Theater, Mariahilfstr 29
- **Thalgau**  
Samstag, 22.05., 20 Uhr  
K<sup>3</sup> Saal Thalgau, Salzburger Straße 1
- **Köln**  
Freitag, 24.05., 20 Uhr  
Festival Sommerblut, Bühnen der Kulturen im Arkadas-Theater, Platenstraße 32
- **Remagen**  
Sonntag, 26.05., 19 Uhr  
Kulturwerkstatt, Kirchstraße 5
- **Brühl**  
Freitag, 31.05., 20 Uhr  
Galerie am Schloss, Schloßstr. 25
- **Köln**  
Mittwoch, 05.06., 20 Uhr  
Alte Feuerwache, Melchiorstr. 2
- **Bonn**  
Donnerstag, 06.06., 19.30 Uhr  
Rheinisches Landesmuseum/LVR-Landesmuseum Bonn, Colmantstr. 14-16

Eine Übersicht aller Brot für die Welt-Veranstaltungen auf dem Kirchentag in Hamburg finden Sie im Internet <http://info.brot-fuer-die-welt.de/termine>, eine Karte mit allen Veranstaltungsorten unter: [www.brot-fuer-die-welt.de/fileadmin/mediapool/2\\_Downloads/Kirche\\_und\\_Gemeinde/veranstaltungsuebersicht\\_DEKT\\_2013.pdf](http://www.brot-fuer-die-welt.de/fileadmin/mediapool/2_Downloads/Kirche_und_Gemeinde/veranstaltungsuebersicht_DEKT_2013.pdf)

## Offener Brief an den Bundesrat

# Kein Freihandelsabkommen mit Peru und Kolumbien

Brot für die Welt appelliert zusammen mit einem breiten Bündnis aus kirchlichen Hilfswerken, Menschenrechts-, Entwicklungs- und Umweltorganisationen in einem Offenen Brief an die Mitglieder des Deutschen Bundesrats, dem Gesetz zum Handelsabkommen mit Kolumbien und Peru nicht zuzustimmen. Das Freihandelsabkommen zwischen der EU, Peru und Kolumbien verschärfe die menschenrechtlichen, sozialen und ökologischen Probleme und drohe, die politischen Handlungsspielräume der Parlamente auf nationaler und auf Länderebene zu beschneiden.

Im Bundestag hat die Opposition aus SPD, Grünen und Linksfraktion gegen das Abkommen gestimmt. Im Bundesrat haben die Oppositionsparteien eine Mehrheit, mit der sie das Abkommen stoppen können. Leider ist von dieser im Bundestag so einmütig demonstrierten Ablehnung durch Grüne und SPD bei den ersten Beratungen im Bundesrat nichts mehr zu spüren. Fast alle rot-grün regierten Ländervertretungen verkünden Zustimmung zu dem Gesetz für das Freihandelsabkommen.

Daher wenden sich Hilfswerke, Nichtregierungs- und Menschenrechtsorganisationen erneut öffentlich an die Vertreterinnen und Vertreter der Oppositionsparteien im Bundesrat. Alexandra Huck von KOLKO – Menschenrechte für Kolumbien e.V. erinnert an die Ablehnung durch Rot-Grün im Bundestag und fordert, dass sie dieser Haltung auf Länderebene treu bleiben sollten, wenn am 3. Mai endgültig im Bundesrat abgestimmt werde. *„Der Freihandel darf nicht über das Schicksal von Millionen Menschen gestellt werden.“*

*„Wir erwarten, dass die Opposition jetzt am 3. Mai im Bundesrat Verantwortung übernimmt und sich für einen gerechten Handel einsetzt, der den Ländern des Südens genügend Spielraum lässt, ihre sensiblen Wirtschaftssektoren zu schützen und zu regulieren, insbesondere die Rohstoffexporte. Internationale Abkommen zu Menschenrechten und Umwelt müssen umgesetzt werden“*, so Thorsten Schulz vom Forschungs- und Dokumentationszentrum Chile-Lateinamerik (FDCL) in Berlin.

Der Offene Brief an die Mitglieder des Bundesrates finden Sie unter <http://info.brot-fuer-die-welt.de/blog/offener-brief-bundesrat-stimmen-sie-dem>

Weitere Materialien des FDCL zum geplanten Freihandelsabkommen: <http://fdcl.org/index.php?id=1653>

## Kohle aus Kolumbien

# RWE und E.ON in der Kritik

Auf Einladung von FIAN Deutschland und Urgewald sind Petra Landheinrich, Mitarbeiterin beim Anwaltskollektiv José Alvear Restrepo, und der Wayúu-Vertreter Oscar Guariyu nach Deutschland gekommen. Neben etlichen politischen Kontakten, Seminaren und Vorträgen traten die beiden Gäste aus Kolumbien auch bei den Aktionärsversammlungen von RWE und E.ON auf, um die Anliegen der vom Steinkohle-Abbau betroffenen Menschen zu vorzutragen.

Insbesondere dem Besuch des hochrangigen Vertreters der Wayúu wird in der Öffentlichkeit viel Interesse gezollt. Er ist Präsident von AACIWASUG, der Vereinigung der indigenen Wayúu-Räte aus dem Süden der Guajíra. Oscar Guariyu selbst gehört zum Reservat Provincial,

>

das sich mittlerweile dem vermeintlichen „Konsultations-Prozess“ des Konzerns Cerrejon verweigert. Dieser wolle die Gemeinden lediglich spalten und die Zustimmung billig erkaufen, erklärt er auf der Aktionärsversammlung von RWE. Sie wollten nun einen eigenen unabhängigen Konsultationsprozess durchführen. Absolut unvorstellbar ist für ihn und seine Gemeinschaft, dass der Rancheria-Fluss umgeleitet werden soll. Aufgrund der zur Zeit niedrigen Kohlepreise auf dem Weltmarkt ist dieses Projekt im Moment auf Eis, doch bei wieder steigenden Preisen würde es wieder aktuell.

*„Wir sind nicht gegen die Entwicklung unseres Landes, aber wir sind gegen eine blinde Entwicklung des Landes. Die Umleitung des Flusses ginge auf Kosten unseres Territoriums, auf Kosten der Umwelt, der Gesundheit und unserer Kultur. Für eine indigene Gemeinde ohne Land gibt es keine Entwicklung mehr. Ein Indigener ohne Land ist kein Indigener mehr. RWE sollte keine Geschäfte mit einem Unternehmen machen, das die Rechte der Wayúu so mit Füßen tritt wie Cerrejón“, fordert Oscar Guariyu.*

Auch die Vertreterin des Anwaltskollektivs meldete sich bei der Aktionärsversammlung von RWE zu Wort: *„Das US-Unternehmen Drummond steht in dringendem Tatverdacht, zwei Morde in Auftrag gegeben zu haben. Wir vertreten rechtlich die Familienangehörigen der zwei Gewerkschafter Valmore Locarno und Victor Orcasita, die am 12. März 2001 auf dem Weg von der Drummondmine nach Hause aus dem Bus gezerrt, Locarno auf der Stelle erschossen, Orcasita mitgenommen, gefoltert und nach ein paar Tagen mit drei Kopfschüssen tot aufgefunden wurde.“* Auch Drummond liefert Steinkohle aus dem Cesar überwiegend nach Europa.

Die RWE will sich jedoch nicht in die Karten schauen lassen, wo sie die Steinkohle für ihre deutschen Kohlekraftwerke kaufen. Der Verantwortliche für Umwelt und Corporate Responsibility bei RWE, Joachim Löchte, räumte jedoch gegenüber dem WDR-Fernsehen ein, dass sie derzeit keine geschäftlichen Beziehungen zu Drummond hätten.

Einen dauerhaften Verzicht auf Drummond-Kohle wegen der Mord-Vorwürfe wollte er offenbar nicht zusagen. In Kolumbien ist mittlerweile ein Drummond-Zulieferer für die Gewerkschaftsmorde verurteilt worden; er belastet auch die Konzernspitze, mit verantwortlich zu sein.

Die komplette Rede von Oscar Guariyu finden Sie unter: <http://urgewald.org/sites/default/files/rede.oscar.pdf>

Die Rede von Petra Langheinrich: [http://urgewald.org/sites/default/files/rede\\_ccajar\\_rwe.4\\_13.pdf](http://urgewald.org/sites/default/files/rede_ccajar_rwe.4_13.pdf)

Anlässlich der Rundreise haben FIAN und Urgewald die Studie „Bitter coal“ erstellt: [http://urgewald.org/sites/default/files/bittercoal\\_1\\_15\\_13.pdf](http://urgewald.org/sites/default/files/bittercoal_1_15_13.pdf)

Einen kritischen Film über kolumbianische Kohle RWE-Aktionärsversammlung finden Sie unter: [www.wdr.de/tv/westpol/sendungsbeitraege/2013/0421/kohle.jsp](http://www.wdr.de/tv/westpol/sendungsbeitraege/2013/0421/kohle.jsp)

Den Artikel „Bunter Protest prägte Hauptversammlung von RWE“ finden Sie unter [www.derwesten.de/staedte/essen/bunter-protest-praegte-hauptversammlung-von-rwe-id7854594.html](http://www.derwesten.de/staedte/essen/bunter-protest-praegte-hauptversammlung-von-rwe-id7854594.html)

## Kohle aus Kolumbien

### Elblockade für Klima und Menschenrechte



Ein breites Bündnis auf Solidaritäts-, Menschenrechts- und Umweltgruppen hat sich zusammengeschlossen, um mit einer symbolischen Elb-Blockade am Hafengeburtstag in Hamburg gegen den Bau des Kohlekraftwerks in Hamburg-Moorburg und gegen die Verfeuerung von Kohle aus Kolumbien zu protestieren. Die angemeldete Schiffs-

Demonstration mit symbolischer Elblockade wird am Freitag, den 10.5., stattfinden. An Land wird der Protest mit einem Programm auf der Jolly-Rogers-Bühne begleitet. Musikalische und kulturelle Beiträge wechseln sich ab mit politischen Ansprachen, bei denen auch Betroffene aus Kolumbien zu Wort kommen werden.

Aldo Raúl Amaya Daza von der Gewerkschaft der Kohle-Bergarbeiter, SINTRACARBON, wird ebenso sprechen wie Deris Paz, Vertreterin der indigenen Frauenorganisation „Fuerza de Mujeres Wayúu“ aus der Guajíra. In dieser Region befindet sich Kolumbiens größter Steinkohle-Tagebau Cerrejon, der zu Zwangsumsiedlung und Gewalt gegen die lokale Bevölkerung und zu einer massiven Umweltzerstörung führt. Den Menschen wird durch den Tagebau ihre Lebensgrundlage genommen. Der Rancheria-Fluss, die Lebensader der ansonsten sehr trockenen Guajíra soll auf rund 25 Kilometern umgeleitet werden. Die im Tagebau tätigen Arbeiter sind gesundheitsschädlicher Schwerstarbeit ausgesetzt. Gewerkschaftliche Tätigkeit wird mit Repression und Morddrohungen beantwortet, wie bei dem Streik im Frühjahr 2013.

Weitere Informationen über die geplante Aktion finden Sie im Internet unter [www.gegenstrom13.de/](http://www.gegenstrom13.de/)

## Vattenfalls Kohleabbau in Kolumbien

### Rendite statt Menschenrechte

Eine Veranstaltung mit Deris Paz, Vertreterin der Wayuu Indigenen: *„Die 400.000 Wayúu sind am härtesten vom Kohleabbau betroffen. Sie verlieren ihre Lebensgrundlage, ganze Gemeinden sind von Vertreibung bedroht. Es gibt mehr als sechs Millionen Binnenflüchtlinge in Kolumbien.“*

Und Aldo Raúl Amaya Daza, Schatzmeister der Gewerkschaft Sintracarbon, Mitglied der Verhandlungskommission über die Tarifverhandlungen bei dem letzten Streik im Februar 2013. Er erhält wie viele Gewerkschafter in Kolumbien Todesdrohungen. Kolumbien ist weltweit das Land mit den meisten Morden an Gewerkschaftern.

## Hamburg

Mittwoch, 08.05.2013, 9:00

Centro Sociale (Saal), Sternstraße 2

## Kolumbien

### Friedensprozess nimmt weiter Form an

Weit über einer Millionen Menschen beteiligten sich an der Großdemonstration für Frieden mit sozialer Gerechtigkeit am 9. April in Bogotá. Auch in anderen Städten demonstrierten Zigtausende für den Frieden. Das historische Datum war bewusst gewählt: Die Ermordung des populären Politikers Jorge Eliécer Gaitán am 9. April 1948 gilt als Auslöser des seit dem währenden bewaffneten Konflikts in Kolumbien.



Trauer um ermordeten Nasa-Indigenen

Foto: Jochen Schüller

Aufgerufen hatten die Marcha Patriótica und mehrere prominente Politikerinnen und Politiker, aber auch Basisbewegungen wie der „Congreso de los Pueblos“. So nahm ein sehr breites Spektrum aller sozialen Bewegungen, indigener und afrokolumbianischer Gemeinschaften, Frauen-Lesben-Organisationen, studentischer und gewerkschaftlicher Vereinigungen, Kleinbauern- und Vertriebenen-Organisationen teil.

Dass kurz vorher auch Präsident Santos zur Teilnahme aufrief, wurde von mehreren Seiten kritisiert. Manche vermuteten, dass er seine Teilnahme für den Wahlkampf nutzen wolle. Die extreme Rechte schimpfte, der Präsident würde zusammen mit FARC-Unterstützern demonstrieren.

Für den Friedensprozess und seine allgemeine Akzeptanz in der Bevölkerung war die überraschende Teilnahme von Santos jedoch sicherlich förderlich und sie war ein klares Zeichen an die Gegner des Friedensprozesse in der Armee und um den Ex-Präsidenten Uribe. Nach dreiwöchiger Verhandlungspause nahmen FARC und Regierung die Friedensverhandlungen am 23.4. in Havanna wieder auf.

Die Basis-Bewegung „Congreso de los Pueblos“ (Kongress der Völker) veranstaltete Ende April einen großen Friedenskongress in Bogotá, der als Ergebnis eine „soziale Agenda für den Frieden“ formulierte und den multilateralen Dialog fordert. Die Basisbewegungen wollen den Friedensprozess nicht allein der Regierung und den Guerilla-Gruppen überlassen. U.a. fordert der Kongress auch, nun endlich die ELN-Guerilla und die noch kleinere EPL in die Friedensbemühungen einzubeziehen.



Der „Congreso de los Pueblos“ ist eine breite Bewegung, in der insbesondere studentische, Frauen- und andere Basis-Organisationen sowie viele indigene Gemeinschaften organisiert sind. Diese Bewegung ging vor zwei Jahren aus

der MINGA hervor, einer breiten Protestbewegung gegen die neoliberale Politik der Regierung Uribe Vélez.

Dass nun offensichtlich auch mit der kleineren Guerilla-Organisation ELN bald offizielle Friedensgespräche beginnen sollen, erklärt Professor Carlos Medina in einem Interview mit „Contagio“-Radio. So interpretiert er die Äußerungen des ELN-Kommandanten Nicolás Rodríguez Bautista, alias „Gabino“ und von Präsident Santos, der in den letzten Wochen mehrfach öffentlich seine Bereitschaft zu Gesprächen mit der ELN wiederholte.

Medina sieht darin einen weiteren wichtigen Schritt zu einem dauerhaften und ernsthaften Frieden. Die ELN besteht aber auch einer breiten demokratischen Beteiligung der Bevölkerung an einem Friedensprozess. Außerdem sieht sie im Fortbestehen der Paramilitärs ein schweres Hindernis für Frieden.

Quellen: Contagio Radio; amerika21; Congreso de los Pueblos; [www.noticias.terra.com.ar/internacionales/](http://www.noticias.terra.com.ar/internacionales/)

Die Abschluss-Erklärung des Congreso para la Paz finden Sie unter: [www.congresodelospueblos.org/index.php/comunicados/para-la-paz-2/296-declaracion-final-del-congreso-para-la-paz](http://www.congresodelospueblos.org/index.php/comunicados/para-la-paz-2/296-declaracion-final-del-congreso-para-la-paz)

Bilder der Demonstration am 9. April unter [www.youtube.com/watch?feature=player\\_embedded&v=TrWF4-Iz4YA](http://www.youtube.com/watch?feature=player_embedded&v=TrWF4-Iz4YA)

Ein Video-Clip des “Congreso para la Paz”: [www.youtube.com/watch?feature=player\\_embedded&v=5JqoRZDiB8E](http://www.youtube.com/watch?feature=player_embedded&v=5JqoRZDiB8E)

## **Eilaktion**

### **Morddrohungen wegen Landrechten**

Am 6. März hatten Mitglieder des „Runden Tisches der Betroffenen in El Carmen del Bolívar“ (Mesa de Víctimas del Carmen de Bolívar) an einer Veranstaltung in San Isidro Labrador in der Gemeinde El Carmen del Bolívar im Department Bolívar teilgenommen.

Die Veranstaltung musste vorzeitig abgebrochen werden, da Mariluz Vásquez Morddrohungen per SMS erhielt, die gegen die Teilnehmenden und zwei anwesende Ombudspersonen gerichtet waren. Die Gruppe setzt sich für die Rückgabe von rechtswidrig vereinnahmtem Land ein.

Im vergangenen Jahr sind viele Menschen, die sich für die Rückgabe von Land einsetzten oder auf ihr Land zurückkehrten, bedroht oder ermordet worden.

Die Menschenrechtsverteidigerin Mariluz Vásquez erhielt am 11. März erneut eine Drohung, die auch an Ingrid Vergara und Iván Cepeda von der Menschenrechtsorganisation MOVICE (Movimiento Nacional de Víctimas de Crímenes de Estado) und an den lokalen Ombudsmann gerichtet war.

Am 14. März erhielt Frau Vásquez eine weitere Morddrohung per SMS. Darin steht: „Guerillas, ihr habt uns nicht zugehört, ihr werdet den 14. März nicht überleben ... Blut in El Carmen“. Bei der Morddrohung nannten die Namen mehrerer Mitglieder des Runden Tisches der Betroffenen in El Carmen del Bolívar.

Hintergrundinformationen hierzu finden Sie unter [www.amnesty.de/urgent-action/ua-077-2013/morddrohung-wegen-landrechten](http://www.amnesty.de/urgent-action/ua-077-2013/morddrohung-wegen-landrechten)

>

Wir möchten Sie hiermit bitten, Mariluz Vásquez und die anderen Mitglieder des „Runden Tisches der Betroffenen“ in El Carmen del Bolívar, sowie Ingrid Vergara und Iván Cepeda von der Menschenrechtsorganisation MOVICE zu unterstützen, dass ihre Sicherheit gewährleistet wird und dass eine Untersuchung eingeleitet wird, die die Vorfälle aufklärt und diejenigen zur Verantwortung gezogen werden, die sie durchgeführt haben.

Bitte senden Sie per Post oder per Fax die beigefügten Briefe so schnell wie möglich, jedoch spätestens bis zum 13. Mai 2013, an die angegebenen Adressen oder Fax-Nummern, um Ihre Betroffenheit zum Ausdruck zu bringen. Sollten Sie die Schreiben per Fax schicken, kann es sein, dass jemand abhebt, bitte sagen Sie dann: „me dá tono de fax por favor“. Beim faxen nach Kolumbien kann auch die Zeitverschiebung wichtig sein, wenn dort kein automatisches Faxgerät steht. Ein Standard-Brief nach Kolumbien kostet 0,75 Euro.

Bitte schicken Sie auch je eine unterschriebene Kopie der Appelle an die beiden unten im Brief angegebenen Adressen.

### **Freie Übersetzung der gleichlautenden beigefügten Briefe:**

Sehr geehrter Herr Präsident Santos / Sehr geehrter Herr Minister,

von Amnesty International und Brot für die Welt, Aktion der Evangelischen Kirchen in Deutschland, habe ich erfahren, dass die Teilnehmer des Treffens des Runden Tisches der Betroffenen in El Carmen del Bolívar in San Isidro Labrador, Departement Bolívar, und die Ombudsmänner Morddrohungen erhalten haben. Unter ihnen Mariluz Vásquez, Ingrid Vergara und Iván Cepeda, letztere sind von der Organisation MOVICE.

- Ich wende mich an Sie mit der Bitte, in Absprache mit den Betroffenen deren Schutz effektiv sicherzustellen.
- Leiten Sie bitte eine vollständige und unabhängige Untersuchung der Morddrohungen gegen die Mitglieder des Runden Tisches der Betroffenen in El Carmen del Bolívar und von MOVICE ein und stellen Sie die Verantwortlichen vor Gericht.
- Ich möchte Sie daran erinnern, dass Kolumbien die UN-Erklärung zum Schutz von Menschenrechtsverteidigern aus dem Jahr 1998 unterzeichnet hat und Sie somit die Pflicht haben, MenschenrechtlerInnen in ihrem Land zu schützen.

Dies speziell, weil wir uns mehrmals an sie gewendet haben, zum Beispiel im März 2012 und Dezember 2009 im Falle von Ingrid Vergara, Sie um die Sicherheit der Mitglieder von MOVICE und anderen Menschenrechtsorganisationen in Kolumbien bittend. Wir sind weiterhin sehr um die Sicherheit aller besorgt.

Bitte schicken Sie die Appelle an: (siehe Adresskopf der beigefügten Briefe)

- Staatspräsident, Herr Juan Manuel Santos
- Landwirtschaftsminister, Juan Camilo Restrepo

Kopien jeweils beider Briefe an:

- Botschaft der Republik Kolumbien, S.E. Herrn Juan Mayr Maldonado
- Menschenrechtsorganisation Movimiento Nacional de Víctimas de Crímenes de Estado (MOVICE)

## Kolumbien

### Mehrzahl indigener Völker von Aussterben bedroht

Nach Aussagen der Nationalen Organisation der Indigenen Völker Kolumbiens (ONIC) sind 65 der 102 indigenen Völker in Kolumbien vom physischen und kulturellen Aussterben bedroht. Ihre Mehrzahl lebt in den Weiten der Orinoco-Tiefen und des Amazonas-Gebietes. Demnach habe jede dieser 65 Gemeinschaften weniger als 500 Mitglieder, 18 davon weniger als 200 und zehn weniger als 100.

Besonders gefährdet seien sie durch den bewaffneten Konflikt, in dem ihre Opfer sowohl vom Staat als auch von den illegalen bewaffneten Gruppen als „Kollateralschäden“ betrachtet würden. Außerdem seien Armut und Diskriminierung, aber auch die institutionelle Vernachlässigung durch den Staat Faktoren der Gefährdung ihres Überlebens.

Quelle: ONIC

## Kolumbien

### Schutzzonen für Kleinbauern gefordert

Der Nationale Verband der Kleinbäuerlichen Schutzzonen (ANZORC) will den Aufbau solcher Zonen vorantreiben, in denen die Einwohner gemeinschaftliche Strukturen der Selbstverwaltung unter anderem zur Lebensmittelproduktion, zum Aufbau von Schulen, Krankenhäusern und Straßen entwickeln sollen. Diese Schutzzonen für kleinbäuerliche Gemeinschaften sind seit fast 20 Jahren per Gesetz vorgesehen, sie müssen jedoch vom Staat genehmigt werden. Die Forderung wurde jedoch in den vergangenen Jahren eher verfolgt und kriminalisiert als unterstützt. In den Friedensverhandlungen der FARC-Guerilla mit der kolumbianischen Regierung spielt die Einrichtung weiterer kleinbäuerlicher Schutzzonen auch eine wichtige Rolle.

Widerstand gegen solche Projekte kommt insbesondere vom nationalen Dachverband der Viehzüchter FEDEGAN.

Quelle: amerika21

## Kolumbien

### Berichte in den Medien

#### Protest gegen Vattenfall - Demonstration für Fairness

[www.taz.de/Protest-gegen-Vattenfall/!114531/](http://www.taz.de/Protest-gegen-Vattenfall/!114531/)

#### Der Pendel schlägt in eine andere Richtung

Artikel in PUBLIK über Gewerkschaftsarbeit in Kolumbien

<http://publik.verdi.de/2013/ausgabe-02/gesellschaft/reportage/seiten-12-13/Ao>

#### Protest gegen Blutkohle

Hamburger Morgenpost,

[www.gegenstrom13.de/presse/](http://www.gegenstrom13.de/presse/)

>

## Scharfe Kritik an Kohle-Importen

<http://nachrichten.rp-online.de/wirtschaft/scharfe-kritik-an-kohle-importen-1.3338165>

## Gefährlicher Einsatz - Mirjas Mission in Kolumbien

Die WRD Weltweit-Reporter Ralph Weihermann und Susanne Friess begleiteten die deutsche pbi-Freiwillige Mirja Peters in Kolumbien. Die Reportage gibt einen Einblick in das Leben und die Arbeit der internationalen Freiwilligenteams von pbi und beschreibt die Gefahren, denen die bedrohten MenschenrechtsverteidigerInnen ausgesetzt sind, die von pbi begleitet werden. [www.wdr.de/tv/weltweit/sendungsbeitraege/2013/0226/index.jsp](http://www.wdr.de/tv/weltweit/sendungsbeitraege/2013/0226/index.jsp)

## Peruanischer Partner beim Kirchentag

### Bergbau-Boom: Fluch und Segen für das Land

Der Kontinent bewegt sich. Nach Jahren in Armut wächst der Wohlstand. Die Menschen suchen das gute Leben - und finden es: in den Städten und Kirchen. Doch der Wandel hat seine Schatten. Rohstoffabbau ist meist Raubbau, die Natur zahlt den Preis. Wer hat die Verantwortung? Wo liegt die Zukunft?



Conga-Mine in Peru

Foto: Malu Cabellos

Eine Veranstaltung mit Dr. Carlos Monge, Revenue Watch Institute, Lima/Peru. Carlos Monge ist ein Partner von Brot für die Welt. Er arbeitet bei den BfdW-Partnerorganisations

DESCO und dem NGO-Netzwerk „Grupo Propuesta Ciudadana“ in Lima mit, das sich u.a. mit dem Monitoring des peruanischen Bergbausektors befasst. Darüber hinaus ist er Lateinamerika-Koordinator des „Revenue Watch Institutes“ und spielt eine wichtige Rolle im lateinamerikanischen NGO-Netzwerk zur extraktiven Industrie (RLIE).

## Forum Lateinamerika, 3.5.2013, 11:00 bis 13:00

Universität Hamburg, Audimax, Von-Melle-Park 4 (872•F6)

Beiträge von Carlos Monge:

- Las políticas del Pres. Ollanta en relación con la minería... (Cuadernos Descentralistas no. 29, Aug. 2012; Seite 63-75): [www.propuestaciudadana.org.pe/sites/default/files/publicaciones/archivos/cuadernos%20descentralistas%2029.pdf](http://www.propuestaciudadana.org.pe/sites/default/files/publicaciones/archivos/cuadernos%20descentralistas%2029.pdf)
- Transiciones y alternativas al extractivismo en la región andina. Una mirada desde Bolivia, Ecuador y Perú (Seiten 75-101): [www.redge.org.pe/node/1590](http://www.redge.org.pe/node/1590)
- Ein Interview mit der Böll-Stiftung: [www.boell.de/downloads/weltweit/Carlos\\_Monge.pdf](http://www.boell.de/downloads/weltweit/Carlos_Monge.pdf)

## Peru

### Limas Bürgermeisterin Villarán gewinnt Bürgerentscheid

Limas erste aus den sozialen Bewegungen stammende Bürgermeisterin Susana Villarán hat am 17. März den Bürgerentscheid über ihre Absetzung für sich entscheiden können. Damit verbleibt sie bis zum Ende ihrer Amtszeit 2014 im Amt.

Initiatoren der schmutzig geführten Kampagne zu ihrer Abberufung wegen „Unfähigkeit“ waren der vorherige Bürgermeister Limas, Luis Castañeda, der Bürgermeister des zu Lima gehörenden Distrikts Lurín sowie die Parteien APRA, angeführt vom Ex-Präsidenten Perus Alan García und Fuerza Popular unter der Führung von Keiko Fujimori, der Tochter des Diktators und Ex-Präsidenten Perus in den 1990er Jahren, Alberto Fujimori. Bis auf Keiko Fujimori laufen gegen diese Personen Ermittlungsverfahren wegen Korruption und unlauterer Geschäfte.



Susana Villarán beim Besuch einer archäologischen Stätte bei Lima.  
Foto: Andina-Hector Vincés

Welche Interessen standen hinter der Absetzungskampagne? Castañeda kandidierte 2011 für die Präsidentschaftswahlen, als Villarán als neue Bürgermeisterin unsaubere Geschäfte ihres Vorgängers aufdeckte. Das war sicher ein Grund, warum Castañeda nur auf dem fünften Platz landete. Mit Villaráns Abberufung hätte er gute Chancen gehabt, zumindest wieder ins Bürgermeisteramt gewählt zu werden. Auch die von Villarán begonnene Regulierung des öffentlichen Verkehrs und Maßnahmen zur Verringerung der Umweltverschmutzung in der Zehn-Millionen-Metropole sind auf starke Gegenwehr der privaten Busunternehmer, einiger Lokalpolitiker und Geschäftsleute gestoßen. Zudem finden 2016 die nächsten Präsidentschaftswahlen statt, die Keiko Fujimori und Alan García zu gewinnen hoffen. Dafür wäre ein Bürgermeister wie Castañeda eine wesentlich bessere Voraussetzung.

Quelle: Revista IDL; La República

Weitere Informationen zum Weiterlesen: [www.quetzal-leipzig.de/lateinamerika/peru/abberufung-buergermeisterin-lima-susana-villaran-19093.html](http://www.quetzal-leipzig.de/lateinamerika/peru/abberufung-buergermeisterin-lima-susana-villaran-19093.html)

## Peru

### Trotz Gesetz keine vorherige Befragung der Cañaris

Auch in diesem Jahr scheint die Regierung wenig bereit, bei sozialen Umweltkonflikten die Rechte der betroffenen Bevölkerung effektiv zu schützen. Und das trotz bestehender Gesetze. Das zeigt das Beispiel Cañaris, ein Gebiet in den Anden der Region Lambayeque. Dort führt das kanadische Unternehmen Candente Copper Explorationsarbeiten durch. Weil die indigenen Hochlandbewohner von Cañaris um ihre ohnehin geringen Wasserressourcen fürchten,

>

haben sie letztes Jahr die seit 1995 gültige und seit April 2012 gesetzlich geregelte vorherige Konsultation eingefordert. Aber dieses Recht wurde ihnen verweigert. Zunächst begründete die Regierung ihre Haltung damit, die Cañaris seien keine Indigenen und folglich nicht zu einer Konsultation berechtigt. Unterstützung kommt aus der Reihe der Bergbauunternehmen. Ihr Pressesprecher Miguel Santillana meint: „Man verkennt die ökonomische Geschichte Perus. ... Es gibt keine indigenen Völker an der Küste und in den Anden seit dem 16. Jahrhundert. Wir sind ein kultureller Synkretismus. ... Wir müssen endlich anerkennen, dass wir Mischlinge sind. Deshalb ist die vorherige Befragung nicht auf die Cañaris anwendbar.“

Im Gegensatz dazu steht die Meinung des Historikers Antonio Zapata in einem Interview mit Idee Radio: „Die Cañaris sind Indigene, deren Ursprünge bis in das alte Tahuantinsuyo zurückreichen und die am Krieg zwischen den Inkaherrschern Huascar und Atahualpa teilnahmen. Die heutige Bevölkerung spricht mehrheitlich Quechua.“

Als das Argument der „Nicht-Indigenität“ öffentlichkeitswirksam widerlegt wurde, hat das Energie- und Bergbauministerium kurzerhand einen umstrittenen Bericht verfasst. Dort heißt es, die Cañaris hätten kein Recht auf vorherige Befragung, weil das neue Projekt eine Fortsetzung des alten wäre, als die Durchführungsverordnung zum Konsultationsgesetz noch nicht in Kraft getreten war (April 2012). Experten des Instituts für Rechtsverteidigung (IDL) halten diesen Bericht für ungesetzlich. Denn selbst das peruanische Verfassungsgericht hat bestätigt, dass die vorherige Befragung in Peru seit 1995 gültig und einklagbar ist, auch ohne Gesetz und Durchführungsverordnung.

Quelle: La República; Servindi; IDL; Vizeministerium für Interkulturalität; Energie- und Bergbauministerium; Candente Copper Corp.

## Peru

### Wer ist indigen in Peru?

Diese Frage wird zur Zeit heftig debattiert. Denn nur diejenigen Bevölkerungsgruppen, die von der Regierung als indigen anerkannt werden, haben das Recht auf vorherige Befragung bei Projekten wie beispielsweise der Erdölförderung oder dem Bergbau. Das Vizeministerium für Interkulturalität ist beauftragt worden, eine Datenbank zu indigenen Völkern Perus zu erarbeiten. Die Frage ist nun, auf welchen Kriterien der Ein- oder Ausschluss einer Gruppe als indigenes Volk erfolgt.

Das Vizeministerium hat eigene, stark restriktive Kriterien für die Definition festgelegt. Ausschlusskriterien sind das Sprechen einer indigenen Muttersprache und das Leben auf indigenem Gemeindeland, das auch schon ihre direkten Vorfahren bewohnt haben. Damit stehen die Kriterien im Widerspruch zur ILO-Konvention 169. Diese internationale und in Peru ratifizierte Übereinkunft ist die rechtliche Grundlage, auf der unter anderem das Recht auf Befragung beruht. Nach dieser Definition und vor dem Hintergrund einer auf Einsprachigkeit ausgerichteten Bildungspolitik sowie den Auswirkungen des internen Konflikts in den 1980er und 90er Jahren mit Millionen von Binnenflüchtlingen wäre die Mehrheit der andinen Gemeinden sowie alle Küstengemeinden von dem Recht auf Befragung ausgeschlossen. Aus diesem Grund hat ein Zusammenschluss von Bauerngemeinden in Cusco mit Unterstützung von IDL eine Klage gegen die restriktiven Kriterien eingereicht.

Quelle: El Comercio; IDL; Vizeministerium für Interkulturalität

## **Peru**

### **Angeklagte Awajún-Indigene in erster Instanz freigesprochen**

Führungspersonen des indigenen Volkes der Awajún, darunter Zebelio Kayap, wurden am 31. Januar 2013 in erster Instanz freigesprochen. Das Bergbauunternehmen Afrodita hatte sie der Entführung angeklagt, weil sie sich gegen das Eindringen des Unternehmens in ihr Territorium mit juristischen und öffentlichkeitswirksamen Mitteln gewehrt haben. Die Staatsanwaltschaft hat Berufung gegen den Freispruch eingelegt. Der Fall wird in Lima im Obersten Gerichtshof verhandelt werden. Das Institut für Rechtsverteidigung (IDL), eine Partnerorganisation von Brot für die Welt, übernimmt in Lima die Verteidigung der drei Awajún. Brot für die Welt unterstützt die Verteidigung der zu Unrecht Angeklagten seit 2012.

## **Peru-Solidarität**

### **VII Encuentro Europeo-Peruano de la Solidaridad y Amistad**

Gäste: P. Manuel Vasallo, Caracoto; Regina y Franz Riedel, Sicuani, y Etel Nina Cáceres, Sicuani ISAIAS

## **Rastatt**

**1.-5. August 2013**

Weitere Informationen und Anmeldung: Elisabeth Lindner, [elisabeth.lindner2@gmx.de](mailto:elisabeth.lindner2@gmx.de)